

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 474-475 / 20. Jahrgang, 5. Oktober 2006

Strahlenfolgen:

Eine neue Auswertung der Studie über das Röntgenkontrastmittel Thorotrast zeigt ein noch höheres Sterberisiko durch Thorium-232 als bisher angenommen.

Seite 2

Strahlenkonservierung:

Manche Lebensmittel aus Asien sind unzulässig bestrahlt. Ein Bericht des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit über das Jahr 2005.

Seite 4

Energiewirtschaft:

„Atomausstieg selber machen!“ – Ein Aufruf, nach der Aufkündigung des Atomkonsens durch die Energiekonzerne zu umweltfreundlichen Stromanbietern zu wechseln.

Seite 5

Uranbergbau:

Blumen über Uran-Abraum – Die Bundesgartenschau auf dem Gelände der früheren SDAG Wismut ist eine landschaftsplanerische Herausforderung.

Seite 7

Leukämien in der Elbmarsch

Gedenken an Nuklearunfall vor 20 Jahren bei Geesthacht

Die Bewohner der Elbmarsch fordern endlich Aufklärung über die Ursache der weltgrößten Rate an Kinderleukämien beim Atomkraftwerk Krümmel und der Kernforschungseinrichtung GKSS.

„Ich bin stolz auf Euch. Wir schaffen es!“ – Das rief die Sängerin Nina Hagen am 12. September 2006 den mehr als tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Gedenkveranstaltung zu, für die die Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch e.V. unter dem Motto „Das Plutonium muß weg!“ auf die Wiesen hinter dem Deich bei der Elbmarschgemeinde Marsch-

acht gegenüber dem Atomkraftwerk Krümmel und der Kernforschungseinrichtung GKSS bei Geesthacht eingeladen hatte. Genau vor 20 Jahren, in den frühen Morgenstunden des 12. September 1986, war Zeugenaussagen zufolge 30 Kilometer vor den Toren Hamburgs eine farbig schillernde Flamme in den Himmel von Geesthacht geschossen. Seitdem erkrankten

dort bis heute anhaltend und sterben im näheren Umkreis Kinder in einer so hohen Rate an Leukämie, wie sonst nirgendwo auf der Welt. Zuletzt am 23. Februar 2006 hatte das Deutsche Kinderkrebsregister am Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz einen 15. Leukämie-Erkrankungsfall bei einem Kind in der Elbmarsch gemeldet. Unter Einbeziehung eines leukämieähnlichen Krankheitsbildes und eines jugendlichen handelt es sich bereits um den 17. Fall seit 1990. Zuvor waren in den Elbmarschgemeinden 1990/91 fünf Kinder an Leukämie erkrankt, 1994 bis 1996 weitere vier und in den Jahren von 2001 bis 2005 waren erneut sechs Fälle Kinderleukämie gemeldet worden. Legt man die bundesdurchschnittliche Erkrankungsrate zugrunde, wären in diesem Zeitraum höchstens fünf statt 15 Erkrankungsfälle zu erwarten gewesen, meint das Mainzer Institut.

Wie Strahlentelex bereits verschiedentlich meldete, haben Experten der Ärzteorganisation IPPNW, der Gesellschaft

für Strahlenschutz und der Bürgerinitiative Leukämie in der Elbmarsch die Ursachenforschung mit Hilfe privater Spendengelder vorangetrieben. Nachdem die Verantwortlichen in den Aufsichtsbehörden sich lediglich damit hervortaten, die Arbeit in den Leukämiekommissionen der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu behindern und zu erklären, es gebe keinen Grund zur Beunruhigung, war das nötig.

So wurden radioaktive Stoffe im Erdreich bei Geesthacht und in der Elbmarsch nachgewiesen wie angereichertes Uran, Thorium-, Plutonium- und Americiumisotope, zum Teil in Form kleiner „Kügelchen“ und in Strukturen, wie sie aus der Konstruktionstechnik von Kugelhaufen-Thorium-Hochtemperaturreaktoren und Hybridreaktoren bekannt sind. Weil speziell Hybridreaktoren in besonders enger Verbindung zur Waffentechnik stehen, wird vermutet, daß militärische Geheimhaltungsabsichten hinter dem seit 20 Jahren anhaltenden Schweigen und Leugnen von Politikern und Behörden stehen. Die

Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, 15566 Schöneiche b.Bln.
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

Einsatzprotokolle der Feuerwehr Geesthacht über den durch Zeugen belegten Brand und Strahlenalarm im September 1986 bei der GKSS sollen laut Aussage des Kreisfeuerwehrmeisters Heitmann „bei einem Brand im Büro der Feuerwehrzentrale“ am 1. September 1991 vernichtet worden sein.

Nicht nur die zuständigen Behörden und Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein können sich die Leukämiehäufung angeblich nicht erklären, sondern auch die Bundesregierung nicht. Wie es jetzt in der vorab bekannt gewordenen und in der Presse zitierten Antwort von Bundesumwelt-

minister Sigmar Gabriel (SPD) auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei.PDS heißt, beharrt die Bundesregierung weiterhin darauf, daß es „bisher keine wissenschaftlichen Belege für eine nicht natürliche Ursache“ gebe.

Dabei stützt sich der Minister auf einen Schlußbericht vom Ende des Jahres 2004 der Herren Wichmann und Greiser aus der niedersächsischen Leukämiekommision, die es damals nicht gewagt hatten, ihre Einschätzung der Dinge und den Bericht mit ihren Kommissionskollegen zu besprechen. Zugegeben wird von Gabriel jetzt lediglich, daß seinerzeit bei der GKSS

„Reaktorsicherheitsforschung“ betrieben wurde, unter anderem „Arbeiten zur Notkühlung“ und zur „Sicherheit für Schnelle Brutreaktoren“.

Erneut Auftrieb hatte die Bürgerinitiative durch die mehrfache Ausstrahlung der ZDF-Fernsehdocumentation „Und keiner weiß warum ... ,Leukämietod in der Elbmarsch“ von Angelica Fell und Barbara Dickmann erfahren, die erstmals Anfang April 2006 gesendet worden war. Seitdem gibt es neue Zeugenaussagen und die dokumentierte Erkenntnis, daß deutsche Institute und Labore aus Furcht vor Repressionen lieber keine Bodenproben aus dem Raum Geesthacht unter-

suchen wollen (Strahlentelex 472-473 vom 07. September 2006, Seite 4).

Der Gedenktag soll deshalb künftig jedes Jahr begangen werden, bis eine vollständige Aufklärung erfolgt ist und die Verantwortlichen für den Nuklearunfall bei der GKSS und die seit 20 Jahren anhaltende Verschleierungspolitik festgestellt und zur Rechenschaft gezogen worden sind. Der Sprecher der Bürgerinitiative, der niedersächsische Landtagsabgeordnete Uwe Harden (SPD), zitierte den inzwischen verstorbenen leukämiekranken jungen Erwachsenen Sönke: „Ich will wissen, für wen ich das Restrisiko bin.“ ●

Strahlenfolgen / Medizinische Strahlenbelastung

Neue Auswertung der Thorotrast-Studie zeigt ein noch höheres Sterberisiko durch Thorium-232 als bisher angenommen

Das Referat Reaktorsicherheit im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat jetzt eine weitere Auswertung im Rahmen der sogenannten Deutschen Thorotraststudie veröffentlicht, die von Mitarbeitern des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg durchgeführt wurde und die Nachbeobachtung der Studienteilnehmer bis zum 30. Juni 2004 fortführt. Außerdem wurden die Todesursachen erstmals mit denen in der Allgemeinbevölkerung verglichen. Demnach ist die Sterblichkeit (Mortalität) sowohl in der Thorotrast-exponierten Gruppe als auch in der internen Vergleichsgruppe signifikant erhöht. Von der Erhöhung sind demnach in beiden Gruppen eine Vielzahl von Todesursachengruppen und Einzeltodesursachen betroffen, einschließlich der für die

gegebene Strahlenexposition besonders relevanten Krebsarten (Krebs insgesamt, Leberkrebs). Die gefundene erhöhte Sterblichkeit ist den Autoren zufolge zwar konsistent mit den in früheren Auswertungen auf der Basis interner Vergleiche errechneten Risikoerhöhungen, doch liegen die jetzt vorliegenden Schätzungen zum Teil höher, wird erklärt.

„Thorotrast“ war der Firmenname eines Röntgenkontrastmittels, das 1929 eingeführt und von da an in der Röntgendiagnostik, vor allem bei der Arteriographie und insbesondere der Karotisangiographie, angewandt wurde. Obwohl die amerikanische Food and Drug Administration (FDA) bereits 1933 und in Deutschland Karl-Heinrich Bauer 1937 und 1943 wegen der extrem langen Halbwertszeit und der le-

benslangen Speicherung der Thoriumdioxidpartikel im menschlichen Körper vor der Anwendung des Präparates gewarnt haben, wurde seine Anwendung erst in den Jahren 1949/50 verboten. Bis dahin war weltweit vielen tausend Personen das Kontrastmittel verabreicht worden. Zur Identifizierung und Quantifizierung der zu erwartenden Spätfolgen wurden zuerst 1949 in Dänemark und in den darauf folgenden Jahren in Portugal, Japan, den Vereinigten Staaten und schließlich mit fast 20 Jahren Verspätung im Jahr 1968 auch in Deutschland epidemiologische Langzeitstudien begonnen.

Thorotrast bestand aus einer 25prozentigen kolloidalen Lösung von Thoriumdioxid, stabilisiert durch Dextran. Thorium-232 ist eine radioaktive Substanz mit einer Halbwertszeit von 14 Milliarden ($1,4 \times 10^{10}$) Jahren. Beim Zerfall von Thorium-232 entsteht zu circa 95 Prozent Alphastrahlung. Da nach Injektion in die Blutgefäße die Thoriumdioxid-Partikel im reticuloendothelialen System (RES; u.a. Milz, Leber, Lymphknoten, Knochenmark) langfristig gespeichert werden, führt die Verabreichung des Kontrastmittels zu einer lebenslangen

Strahlenbelastung.

Die deutsche Studie umfaßt 2.326 Patienten und 1.890 Patienten einer Kontrollgruppe. Dazu wurden in den Jahren 1968 bis 1970 Kliniken identifiziert, in denen während des fraglichen Zeitraums Arteriographien durchgeführt wurden, und in diesen diejenigen Patienten herausgesucht, denen im Rahmen einer Angiographie in den Jahren 1935 bis 1948 das Präparat Thorotrast verabreicht worden war. Bei 70 Prozent der Patienten handelte es sich um Angiographien der Halsschlagader (Karotisarterie), bei 30 Prozent um Arteriographien der Beine und Arme. Parallel zu dieser mit Thorotrast exponierten Patientengruppe wurde eine Kontrollgruppe gebildet, die aus Patienten bestand, die zur gleichen Zeit in derselben Klinik stationär behandelt wurden und deren Familiennamen mit dem Buchstaben „B“ begannen. Diese interne Kontrollgruppe von insgesamt 1.890 Personen wurde zwar zur exponierten Gruppe hinsichtlich Alter und Geschlecht „häufigkeitsgematched“, die damals zugrundeliegenden Erkrankungen wurden jedoch weder als Selektionskriterium berücksichtigt noch bei der Datenerfassung erhoben. Aus-